

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1921**

162 (15.7.1921)

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 5.50 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 5.50 M; in der Geschäftsstelle und bei unsern Karlsruher Abzügen abgeholt 5 M monatlich. — Einzelheft 25 Pf. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einseitige Kolonelleile 1.20 M. Die Restzeile 3.50 M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

### Französische Bestialitäten

#### Wo bleibt da die Aburteilung der Verbrecher?

Paris, 15. Juli. Im Anschluß an seine Enthüllungen über den Befehl des Generals Martin Bouillon, keine Deutschen zu Gefangenen zu machen, veröffentlicht Gouttenoire de Turcy in der „Cumanté“ den Brief eines Dr. Köhlin aus Paris, worin dieser folgendes mitteilt:

Die 10. Division Marchand habe sich ganz besonders dadurch ausgezeichnet, daß sie wenig Kriegsgefangene machte, vor allem das 52. Kolonialregiment, dessen Oberst Petit de Range besonders wils gewesen sei. Er gab den formellen Befehl, weder deutsche Verwundete noch deutsche Gefangene einzufangen. Unterleutnant Morin, zu dessen Zeugnis er vollkommenes Vertrauen habe, habe ihm bestätigt, daß sogar die Niederwerfung eines feindlichen Hilfspostens, bestehend aus Verwundeten, Aerzten und Krankenwärtern, von dem Oberst angeordnet worden sei, wobei er (Morin) zugegen gewesen sei. Köhlin erklärt weiter, Petit de Range habe sich selbst in Grandfresnoy im Departement Oise im November 1915 fünf r Toten gerührt. Köhlin bezeichnet drei Divisionen, die während der Champagneoffensive kaum Gefangene einbrachten, während sie bei anderen Divisionen zu Tausenden gemacht worden seien. Diese drei Divisionen seien die 10., die 15. und die marokkanische Division. Er spricht auch von deutschen Verwundeten (etwa 100 Mann), die bis nach Cuipepe gekommen waren und die man dort vier Tage absichtlich ohne Hilfe, Nahrung, Wasser und Unterstand gelassen habe, bis Oberst Petit de Range „sich ihrer angenommen habe“.

#### Die Franzosenherrschaft im besetzten Gebiet

W. D. Düsseldorf, 14. Juli. Der Chefredakteur der „Düsseldorfer Zeitung“, Paul Mügel ist von der französischen Besatzungsbehörde zu 4 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Er wurde gestern nachmittag von zwei französischen Gendarmen aus seiner Wohnung geholt. Die Gründe für das Verbot der Zeitung und die Verhaftung Mügels wurden bisher nicht mitgeteilt. Es wurde nur auf eine Nummer der „Düsseldorfer Zeitung“ hingewiesen. Wahrscheinlich hat die Verteidigung des Leipziger Prozesses das Mißfallen der französischen Besatzungsbehörde erregt.

#### Brutalitäten der Besatzungstruppen

Koblenz, 15. Juli. Die im besetzten Gebiet der Interalliierten Rheinlandkommission zwangsweise unterstellten deutschen Beamten sind dauernd Schikanen und Verleumdungen ausgesetzt. So wird aus Reinsberg wieder ein besonders trauriger Verfall gemeldet. Bei einer in Linzen (belgisch besetztes Gebiet) vorgenommenen Zugrevision verweigerten 8 Damen dem Zoll-assistenten den Zutritt zu ihrem Koffer und gaben sich als Angehörige der Besatzungstruppen aus, verweigerten jedoch die Vorweisung eines diesbezüglichen Ausweises. Eine der Damen wandte sich mit einer Beschwerde an einen belgischen Offizier, der daraufhin den deutschen Zollinspektor stellte und ihm ein Papier vorlegte mit dem Bemerken, daß ihm dies genügen müsse. Ohne auf die Erklärung des Beamten, das Papier sei ihm nicht vorgezeigt worden, zu achten, schlug ihn der Offizier auf den Kopf und verurteilte ihn noch einen Schlag ins Gesicht. Als der Offizier den höheren Offizier um Schutz und Namensfeststellung des Vorfalls bat, wurde ihm erwidert: „Was ein belgischer Offizier tut, ist gut.“ Gegen diesen besonders unerhörten Vorfall ist, wie wir erfahren, der Reichskommissar für die besetzten Gebiete beim belgischen Oberkommissar vorstellig geworden.

#### Vorläufiger Abschluß der Pariser Verhandlungen

W. D. Berlin, 14. Juli. Die Verhandlungen, die in Paris von Staatssekretär Bergmann, Dr. Gungenheimer und Ministerialrat Gunge mit Minister Loucheur geführt worden und in der Hauptsache die Frage der Restitutionsleistungen für deutsche Sachlieferungen an Frankreich und die Frage einer Korrekturen im Rahmen des Zahlungsplanes des Londoner Ultimatums betrafen, sind gestern zu einem vorläufigen Ende gebracht worden. Das vorläufige Ergebnis unterliegt nunmehr der Prüfung der auf beiden Seiten zuständigen Stellen. Die Verhandlungen haben zu einer wesentlichen Klärung der Hauptfragen geführt, sodaß zu hoffen steht, daß man schließlich zu einer Einigung gelangen wird. Außerdem handelte es sich bei den Beratungen um technische und Preisfragen auf dem Gebiete der Kohlenlieferung, ferner um die Frage der Ablösung der Restitutionsverpflichtungen und der Viehlieferungen.

#### Besetzung des Richteramts mit Frauen

W. D. Berlin, 15. Juli. Die deutsche Reichstagsfraktion hat zu der Frage der Besetzung des Richteramts mit Frauen folgende Entschließung angenommen: „Die Fraktion ist einverstanden mit der Zulassung der Frau zum Richteramt, insbesondere auf dem Gebiete des Jugendrichtermens und soweit besondere Interessen der Frau in Frage kommen, doch verlangt sie, daß die zum Richteramt berufene Frau eine Annahme ohne Angabe von Gründen ablehnen kann. Die Fraktion ist auch einverstanden mit der Zulassung der Frau zum juristischen Vorbereitungsdienst und den Beruf des Rechtsanwalts. Dagegen lehnt sie einmütig eine Beteiligung der Frau am Berufsrichteramt ab. Die Fraktion nimmt mit Befriedigung Kenntnis von dem lebhaften Interesse aller ihrer Mitglieder weiblichen Geschlechts an der Behandlung und Entwicklung dieser Frage, zu der Stellung zu nehmen dem eigenen Ermessen und Gewissen eines jeden Parteigenossen überlassen bleibt.“

### Die Sanktionen Eine Kundgebung der Deutschen Friedensgesellschaft

Berlin, 15. Juli. Die Deutsche Friedensgesellschaft erläßt folgende Kundgebung zur Frage der Sanktionen: Der Deutsche Reichstag hat einmütig den Rechtsanspruch auf sofortige Aufhebung der Sanktionen erhoben. Sein Wort ist selbst in Frankreich nicht ohne Wirkung geblieben, aber ein sofortiger und vollständiger Erfolg scheint ihm nach den von dort kommenden Nachrichten nicht befriedigend zu sein. In dieser Lage ist es Pflicht der deutschen Pazifisten, zu sprechen.

Die deutsche Rechtsauffassung, daß die „Sanktionen“ in dem Augenblick aufzuheben waren, in dem das Ultimatum angenommen war oder wenigstens, sobald auch von der Gegenseite die Aufrichtigkeit der Bemühungen zur Erfüllung der Deutschland auferlegten Bedingungen anerkannt wurde, ist in weiten Kreisen des Auslandes, auch in Ländern der Entente, anerkannt worden. In Frankreich wird diese Rechtsauffassung noch bestritten. Auf jeden Fall aber liegt klar zutage, daß das Fortbestehen der Sanktionen, die in das deutsche Volk, und Wirtschaftsleben so empfindlich einschneiden, eine tiefe Erbitterung schaffen muß. Der heutige Zustand bildet ein schweres Hindernis für die Wiederherstellung der Räter und für die Wiederherstellung internationalen Vertrauens. Und wenn in den herrschenden Kreisen Frankreichs der Gedanke der Verschönerung der Verhältnisse, so möge man sich klar machen, daß in Deutschland keine Regierung, die ehrlich bemüht ist, die Bedingungen des Ultimatums auszuführen, sich halten kann, wenn nicht auch das deutsche Volk die Überzeugung gewinnt, daß auch auf der anderen Seite der gute Wille vorhanden ist, den deutschen Lebensinteressen Rechnung zu tragen. Der Glaube daran ist durch trübe Erfahrungen, insbesondere durch die Entschleunigung des Räterbundes in der Frage des Saargebietes, schon schwer genug erschüttert. Eine Politik, die nur darauf bedacht ist, Deutschland unter äußerem Zwang zu erhalten, untergräbt die Voraussetzungen deutscher Leistungsfähigkeit so gut wie die Voraussetzungen einer freizeitlichen, nachhaltig demokratischen Entwicklung in Deutschland. Sie befragt in verhängnisvoller Verleumdung die Geschäfte der deutschen Nation. Still Europa zur Ruhe kommen und soll der Gedanke Kraft gewinnen, daß schließlich doch auch im Leben der Völker das Recht herrschen werde über die Gewalt, so müssen die Sanktionen fallen, nicht in einer ungewissen Zukunft, Sanktion für Sanktion, sondern sofort und insgesamt!

Deutsche Friedensgesellschaft:  
Helmuth v. Gerlach, Dr. L. Duidde (Vorsitzender der Geschäftsleitung), Dr. Helene Stöcker, Dr. Johannes Leonhart (Vorsitzender des Hauptauschusses).

#### Französisch-polnische Verbrüderung

W. D. Opatów, 15. Juli. In größeren Orten des Industriegebietes haben gestern aus Anlaß des französischen Nationalfeiertages große Umzüge stattgefunden, bei denen die Franzosen polnische, und die Polen französische Fahnen trugen. Vor dem Büro des Kreisintendanten in Opatów hielt ein Pole, nachdem der Zug Halt gemacht hatte, eine Ansprache. Darauf spielte die französische Militärkapelle die Marseillaise, während sich die polnischen Banner neigten. Bei dem Rückmarsch folgte den französischen Alpenjägern mit polnischen Fahnen ein Trupp Fallschirmjäger in polnischer Uniform.

#### Eine Warnung der Entente an Bulgarien

W. D. Paris, 14. Juli. Der Londoner Vertreter der „Welt Parisien“ erklärt, daß das Foreign Office an die Regierungen von Frankreich, Italien, Rumänien, Südflawien und der Tschecho-Slowakei ein Gesuch gerichtet habe, ihre Vertreter in Sofia zu beauftragen, den Schritt zu unternehmen, den die britische Regierung beim bulgarischen Ministerpräsidenten unternehmen werde, um die Aufmerksamkeit auf die Gefahren der Politik Bulgariens zu lenken, das seine Augen hartnäckig auf Thrakien richtete. Die Regierungen von Rom, Belgrad, Bukarest und Prag sollen auf die britische Aufforderung bereits in günstigem Sinne geantwortet haben. Die Antwort der französischen Regierung sei bisher noch nicht eingetroffen.

#### Ablehnung der Frauen als Geschworene und Schöffen

W. D. Berlin, 14. Juli. Zu der heutigen öffentlichen Sitzung des Reichsrates waren zum ersten Male auch die Vertreter der preussischen Provinzen erschienen. Die vom Reichstag angenommenen Veränderungen zum Verdrängungsschadengesetz, zum Kolonialschadengesetz und zum Auslandschadengesetz fanden die Zustimmung des Reichsrates, ebenso die Reichstagsbeschlüsse zur Novelle über die Invalidenversicherung und zum Gesetz über Wohnhilfe und Wohnfürsorge. Auch dem Wehrmachtsverordnungsgezet stimmte der Reichsrat zu. Der Gesetzesentwurf über die Hinzuziehung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenentum wurde im Plenum mit 31 gegen 31, also mit Stimmengleichheit, abgelehnt.

#### Die rheinischen Bauern gegen die Stadt Köln

W. D. Köln, 15. Juli. Die Bauern von Bonn bis über Köln hinaus stellten die Besetzung Kölns wegen einiger Reste des Bürgergerichts ein. Die Eisenbahnarbeiter- und Bauernvereinigungen veröffentlichten darauf eine letzte Warnung an die Landwirte, daß sie den Transport von Gemüse und Obst verweigern und den Bauern die Möglichkeit nehmen wollten, ihre Produkte nach anderen Gegenden abzuführen. Die Arbeiter des Braunkohlenschiebers drohen außerdem, die Brennstofflieferung und Elektrizitätsversorgung im Vorgebirge zu sperren. Eine gemischte Kommission wird heute eine Einigung versuchen.

### Die Arbeiter und Oberschlesien

(Von unserem Opatów Korrespondenten.)

In den zwei Monaten der Absperrung Oberschlesiens vom Reich dürfte es sich wohl deutlich genug gezeigt haben, wie sehr die deutsche Gesamtwirtschaft auf die ober-schlesische Produktion angewiesen ist. Neben dem Ausfall wichtiger Güttenerzeugnisse war es besonders das Aufhören der Kohlenzufuhr, das schwere Folgen hatte. Wäre nicht zufällig gerade eine neue „Konjunktur“ bei einigen Industrien (danke des Markturges) dazwischen getreten, so hätte die Arbeitslosigkeit infolge des Mangels an Betriebskohlen leicht einen enormen Umfang annehmen können. Diese schwere Probe der drei Monate hat also erwiesen, wie sehr das Wohl der gesamten deutschen Arbeiterschaft vom Verbleiben des Industriegebietes beim Reich abhängt.

Dieses Verbleiben ist aber geradezu eine Lebensfrage für unsere Genossen im bedrohten Gebiete selbst, für die Arbeiterschaft der Güten und Werke. Wir haben im Industriegebiet bereits vor dem Einbruch der Polen mäßige Arbeitsverhältnisse gehabt. Die Werke klagten mehr oder weniger über schlechten Geschäftsgang und schienen auf dem Sprünge, an Lohnherabsetzungen heranzugehen. Seitdem hat die Industrie tatsächlich enorme Schäden erlitten, deren Ersatz sehr fraglich erscheint. Dazu konnten die Wohnungsverhältnisse nicht verbessert werden, die Teuerung stieg noch mehr, es fehlt bald hier, bald da an wichtigen Betriebsmitteln. Unsere Arbeiterschaft hat hier schwere Zeiten durchgemacht, ist mühsam und erregt. Polnische Verlockungen sowie Anläufe von Bolschewismus stellen das deutsche Empfinden der Leute auf eine schwere Probe.

Man sollte es stärken, indem man ihnen auf jede Weise zu Hilfe kommt! Unsere Regierung sollte bei den Oberschlesiern nicht den Eindruck aufkommen lassen, als kümmerle man sich nicht um sie. Noch wissen sie sehr wohl, was für einen furchtbaren Tausch sie mit der Polenhererrschaft machen würden; aber ihre Gegenwehr gegen die Polonisierung bedarf nach wie vor verständnisvoller Hilfe aus dem Reich, und jetzt wohl mehr denn je.

Nehmen wir an, der Spruch des Obersten Rates schlägt einen Teil der Werke an Polen. Was bedeutet das für die deutschen Arbeiter? Wir wollen nur einige wichtige Momente kurz andeuten.

Selbst den ärmsten Proletariern träre schwer die Katastrophe der Währungsänderung samt allem, was damit zusammenhängt. Wir haben ja das polnische Beispiel nahe vor Augen, und dabei war damals die polnische Währung noch lange nicht so tiefstehend wie heute. Einige Werke werden zu Entlassungen schreiten müssen; denn es wird an Verkehrsmitteln, Materialien, Absatz fehlen, und die Folgen der Herabsetzung des Industriegebietes für die Einzelproduktion sind überhaupt nicht abzusehen. Ferner wird kaum daran gedacht werden können, den Zusammenhang mit den Gewerkschaften aufrecht zu erhalten. Die polnischen Machthaber werden nicht daran denken, die sozialpolitischen Klauseln des Versailles Vertrags in Kraft treten zu lassen oder gar das deutsche Arbeiterrecht aufrecht zu erhalten. Polenhererrschaft bedeutet also für die Arbeiter soziale Entrechtung! Daß die polnische Arbeiterschaft relativ einflusslos ist und ihr eigenes Glend nicht abstellen kann, weiß jeder; wir würden also auch politisch entrechtet werden. Und die loseren Organisationen der polnischen Arbeiter werden kaum den Zustrom aus Kongresspolen und Galizien hindern können; die Arbeitslosigkeit ist ja drüber noch weit größer als in Deutschland. Wer würde aber einer etwaigen Garantie der Alliierten vertrauen, daß die für Deutschland Optierenden und im Lande Verbleibenden vor der Absperrung geschützt werden? Die polnische Verwaltung hat Möglichkeiten zur Schikane genug. Die Werke werden ohnehin französische Gelder aufnehmen müssen und ihre alten Arbeiter nicht mehr schützen können. Mit dem Verlust der Arbeit für große Massen ist jedenfalls ernsthaft zu rechnen.

Dann ständen diese schließlich vor der Alternative: Option für Polen oder Auswanderung ins Reich. Man sollte nie vergessen, was der Zustrom Sehntausender polnischer Qualitätsarbeiter mit ihren Familien — die überdies erbittert sind — für die deutschen Arbeitsverhältnisse bedeuten würde. Das Problem soll hier nur noch, maß zur Erwägung anheimgestellt werden.

Die für Polen optieren, sind für Deutschland verloren. Aber auch sie büßen Geldwerte, politische und die wichtigsten sozialen Rechte ein; außerdem werden sie der Wehrpflicht unterstellt. Daß sie mit Gewalt polonisiert werden sollen, steht außer Frage; und daß nicht unsere Internationalen den Vorteil davon haben wird, das kann man sich auch leicht vorstellen. Die französisch-polnischen Kapitalisten werden die Verzweiflungsmitel mit Ackerbrot und Weizhe ins gelbe Lager zu treiben suchen. Andererseits rollen die Gelder Moskauts.

Seite 1  
Serio VI  
per Paar  
1650  
11  
1740  
10  
6.40  
3.  
Büchlerin  
5154  
und Wa-  
Burg-  
straße 23.  
Bücher-  
Such.  
Bücher  
treten.  
Anmelder  
Stuttgarter  
5158  
ruhe  
kontr. 2.  
Kammer  
Angehörige  
von 8 Uhr  
von 10-3 Uhr  
siehe 52, L. 227  
Blaszimmer  
Spiegelstr. 1,  
hell eichen,  
er und echte  
er hat sehr  
angegeben aus  
ei Pastian  
07. Zellef. 396.  
rüder  
arff  
empfehlen:  
eessig  
u. 1.20  
essig  
3.50  
essenz  
Inhalt  
de 5.50  
teyl-  
ment-  
pier  
2 Bog. 2.-  
1.1-  
melade  
Achte u.  
cker  
u. 4.50  
ämtliche  
hartikel.  
niden-  
ner  
k - 45  
1.25  
180

So düster läßt die Zukunft der ober-schlesischen Arbeiter-  
schaft aus, wenn etwa Pläne wie die „Sofora-Linie“  
verwirklicht werden sollten! Und das, nachdem sie eben  
erst eine so schwere Winterzeit überstanden hat!

Sinnes

Die Kapitalgewalt des Sinnesstrüßes beträgt nach der  
„Metallarbeiterzeitung“ nicht weniger als 7 979 601 429 M., wie  
folgende Aufstellung zeigt (E. bedeutet Eigenes Unternehmungs-  
kapital, bestehend aus Aktienkapital, Reserven und Anleihen; B.  
bedeutet: Beteiligung bei anderen Unternehmungen, Tochter-  
gesellschaften usw.):

Table with 2 columns: Company Name and Amount. Includes entries like 'Deutsch-Luxemb. Bergw. u. Hütten-A.G.', 'Böhm. Bergw.-A.G.', 'Oester.-Alpine Montan-Gesellschaft', etc.

Die Kapitalmacht der Siemens-Rhein-  
Eisen-Union beträgt demnach 5 000 980 918 M.,  
hervon die eigenen Unternehmungen und Be-  
teiligungen von Hugo Stinnes mit 758 502 960 M.,  
und sonstige Interessen durch Aufsichtsratsposten  
und Beteiligungen mit 2 220 117 551 M.

Eine oberflächliche Zählung der Betriebe und ihrer Produk-  
tionszweige hat, ohne auf Vollständigkeit auch nur den gering-  
sten Anspruch zu machen, folgendes Ergebnis. Zum Stinnes-  
Konzern gehören:

Table with 2 columns: Industry/Company and Amount. Includes 'Fabrikanlagen', 'Kohlengruben und -felder', 'Erzgruben und -felder', etc.

Zusammen etwa 1340  
Eine Betrachtung der räumlichen Ausdehnung ergibt, daß  
die Stinnes'schen Unternehmungen über die ganze Welt ver-  
breitet sind

Es gibt auch kein Gebiet der Volkswirtschaft, welches nicht  
von Stinnes beeinflußt würde. Kohlen- und Erzbergwerke,

Stahl- und Walzwerke, Brücken- und Waggonfabriken, Bahnen  
und Reedereien, Hotels- und Gastwirtschaften, Konsumartikel  
und Nahrungsmittel, gehören zu seinem Machtbereich. Allein durch  
etwa 70 Zeitungen

wirkt er auf die öffentliche Meinung ein; die Rohstoffe für die  
Zeitungsdruckerei, Papier und Zellstoff, werden in seinen  
eigenen Fabriken angefertigt. Durch die Aufsichtsratsposten,  
die er und seine Mitregenten bei den größten Banken, Deutsche  
Bank, Diskontogesellschaft, A. Schaaffhausen'scher Bankverein,  
Norddeutsche Bank Hamburg, Berliner Handelsgesellschaft, be-  
scheiden, hat er großen Einfluß auf den Geldmarkt.

In Deutschland hat es noch nie einen Menschen gegeben, der  
eine solche wirtschaftliche Macht in seiner Person vereinigte, wie  
Hugo Stinnes. Die wertvolle Bevölkerung hat deshalb alle  
Ursache, diese Vorgänge auf wirtschaftlichem Gebiete zu be-  
folgen und sich zu bemühen, diesem Trutzherrn eine  
einige Macht des Proletariats entgegenzusetzen.

Der famose Edle von Braun

In einer Versammlung der Bahnräder Mittelbarthe in  
München, sprach der Reichstagsabgeordnete Edler von  
Braun, Präsident des Reichswirtschaftsrates. Er er-  
klärte, das Kabinett Wirth werde in sich zusammenbrechen.  
Man werde dann aus der Verlegenheit zu Neuwahlen im  
Herbst schreiten. Die Sozialdemokratie arbeite auf Neu-  
wahlen hin mit der Parole: „Segen den West“. Sie  
hofft dabei auch wieder mit der Vereinigung der U.S.P.  
Der Redner fuhr fort: „Kommen Neuwahlen, dann brau-  
chen wir eine Einheitsfront gegen die Sozialisierung, dann  
brauchen wir eine bürgerliche Regierung, wie sie sich so  
vortrefflich in Bayern bewährt hat.“

Aber der Edle von Braun wurde noch deutlicher. Unter  
den Augen des Justizministers, des Vertrauten des bayeri-  
schen Ministerpräsidenten, wurde in einer Weise die  
Parole zum Kampf gegen die Reichsregierung ausgegeben,  
daß selbst die bürgerliche Presse schwere Bedenken und Ver-  
fälschungen nicht zurückhalten vermag. Edler v. Braun,  
führte förmlich zum Steuerhohloch gegen das Reich auf.  
Mit demagogischer Geste warf er die Worte in die erregten  
Massen: „Sie, als Deutsche und Bayern, müssen erklären:  
Bei einer solchen Politik tun wir nicht mit! Erklären Sie:  
Wir werden uns niemals einer solchen Besteuerung unter-  
werfen!“

Herr v. Braun gehört zu den berüchtigten Fachleuten,  
die mit daran schuldig sind, daß das deutsche Volk vier  
Jahre lang beispiellos unter Hunger zu leiden hatte. Er  
gehört somit zu den intellektuellen und tatsächlichen Ver-  
herrschern des Friedensvertrages von Versailles.

Stellen wir fest: Herr v. Braun galt als Ministerialrat  
und Vorstand der Abteilung für Landwirtschaft im bayeri-  
schen Staatsministerium des Innern bei Kriegsausbruch  
für die kaiserliche Regierung als einer der ersten Ernäh-  
rungsfachmänner. Man hörte auf seinen Rat und legte  
ihm nahe, dem Volke in einer wissenschaftlich und tatsäch-  
lich einwandfreien Arbeit nachzuweisen, daß Deutsch-  
land nicht durch Hunger untergehen könne.

In diesem Buche: „Kann Deutschland durch Hunger be-  
siegt werden?“, das in großer Auflage im Oktober 1914  
verbreitet wurde, schrieb der derzeitige Präsident des  
Reichswirtschaftsrates, daß wir aus dem Auslande genug  
Brotgetreide bekommen würden. Amerika und Argenti-  
nien müßten ihren Weizen an Deutschland verkaufen,  
wenn ihre Landwirtschaft nicht einer Katastrophe entgegen-  
gehen sollte, „und selbst der russische Handel wird Schlei-  
wege finden müssen, um die 118 Millionen Mark nicht zu  
entbehren, die ihm Deutschland für Roggen und Weizen  
(im Jahre vorher) bezahlt hat.“

Weiter konnte die sachmännliche Naivität wohl über-  
haupt nicht getrieben werden. Edler v. Braun brachte es  
aber doch fertig, Er „wies nach“, daß das durch den Ausfall  
der Einfuhr entstehende Defizit an Brotgetreide einfach  
dadurch gedeckt werden könnte, daß kein deutsches Korn zur  
Brotfütterung verwendet würde! Dabei darf nicht vergessen  
werden, daß durch den Krieg wesentliche Einfuhrgrundstoffe  
der deutschen Viehfütterung wegfielen, a. B. Gerste, Mais,  
Raps, Weizenkleie, etc., es handelte sich jährlich um

rund 4 Millionen Tonnen! Diese Menge an bisher jähr-  
lich importierten Kraftfuttermitteln verlor Deutschland bei  
Kriegsausbruch. Der Edle v. Braun, der Sachverständige  
der Reichsregierung, sah dennoch kein Defizit an Brotgetreide  
entstehen. Schrieb er doch in seinem Buche sogar:

„Nicht man das Ergebnis dieser Betrachtungen zusammen-  
zufassen, so läßt sich ohne jede Schönfärberei feststellen, daß wir uns vor-  
dem Schreckgespenst des Hungererwartens nicht zu fürchten  
brauchen, denn wenn sich auch unser bisheriger Verbrauch  
an Lebensmitteln etwas einschränken muß, so darf doch nicht  
übersehen werden, daß sich gerade auf diesem Gebiet der Mensch  
nach der Decke streckt, und daß unsere Decke im Lauf der Jahre  
sehr recht groß und behäbig geworden ist, so daß es nicht ge-  
rade nichts schadet, wenn sie zeitweilig etwas beschnitten wird.“

Das war der Edle v. Braun, der die deutsche Regierung  
auf Grund seiner Wissenschaft zu beruhigen hatte, und der  
den Auftrag bekam, das deutsche Volk einzulullen. Jetzt  
stellt er sich in München hin und prophezeit den Zusammen-  
bruch des Kabinetts Wirth, die Neuwahlen, die zukünftige  
Parole der Sozialdemokratie und die vortreffliche Bewäh-  
rung des heutigen bayerischen Regierungsprinzips.

Wir nehmen an, der Edle v. Braun hat — seine Rede  
beweist das — seit dem Oktober 1914 nichts hinzugeleert.  
Seine derzeitige Zukunftsvorhersagen haben den gleichen  
Wert, wie seine damaligen „sachmännischen“ Befundungen.

Edle Seelen finden sich...

In der deutschnationalen „Kreuzzeitung“ wird gegen  
den Reichstag wie folgt losgehauen:  
„Wenn wir hoffen könnten, daß sich diese Volksworte  
gegenständig zum Zweck hinausbrügeln! Aber leider ist darauf  
kein Verlaß, auch keine Aussicht, daß sich, wie in einem anderen  
9. November vor 120 Jahren in St. Cloud, ein kleiner General  
findet, der die Hinfühnbereit schmerzlos und radikal aufhebt, zum  
Segen von Land und Volk.“

Auf dem Kongress der Dritten Internatio-  
nale in Moskau hielt laut Bericht der „Roten Fahne“  
am 8. Juli Lenin eine Rede, in der er u. a. ausführte:  
„Trotzdem keine militärischen Aktionen vor sich gehen, er-  
achten wir uns noch immer im Kriegszustand befindlich und  
handeln so, wie es im Kriege üblich ist.“

Die Diktatur des Proletariats befindet sich im Kriegszu-  
stand, und deshalb

Können wir niemand Freiheit und Demokratie versprechen  
Um das Banner der Demokratie scharen sich jetzt alle gegen-  
revolutionären Elemente. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit  
eines erbarmungslosen Kampfes gegen Menschweiser und  
Sozialrevolutionäre.“

Da Lenin selbst sagt, daß militärische Aktionen nicht  
mehr vor sich gehen, handelt es sich bei diesem Kriegszustand  
nach noch um einen Krieg gegen das eigene Volk,  
der erbarmungslos gegen den Kampf gegen die Sozial-  
listen, die des Verbrechens schuldig sind, schon früher  
gejagt zu haben, was der Bolschewismus jetzt  
tun muß, die Unterdrückung von Demokratie und Frei-  
heit stellt sich dar als ein nackter Mißbrauch der Macht.  
Der Kapitalismus kehrt nach Auslande zurück, aber dem  
Recht, frei zur Volkserrettung zu wählen, der Freiheit,  
Versammlungsfreiheit, Koalitionsfreiheit bleibt noch immer  
der Weg verperrt. Bolschewismus ist nicht So-  
zialismus, aber Barbarei.

Ein Volksparteiler über den Wert der Demokratie

Einer der Führer der Volkspartei im preussischen Land-  
tage, Abg. v. Campe, läßt sich in einem Artikel über die  
Bedeutung der Demokratie für Deutschland wie folgt aus-  
sprechen:

„Demokratie wird die Grundlage unseres Staates sein —  
aber wie werden nicht mehr sein. Und im Rahmen des Parla-  
mentarismus wird sich unser politisches Leben abspielen über  
wir werden uns bis zu völliger Ohnmacht gestrecken. Nur  
wer sich auf diesen Boden stellt, kann heute aufbauen... Eine  
Politik des „Die bürgerlich, die sozialistisch“ wäre von Uebel.  
Sie bedeutete Klassenkampf, innere Zersplitterung, vielleicht mehr  
noch. Wer die christliche Mitarbeit der Sozialdemokratie ablehnt,  
lebt nicht in der neuen Zeit.“

einander und waren in Trauer gekleidet. Der Kaiser des  
Kirchspiels trug den Sarg unter dem Arme.

Javel der Jüngere ging nicht mehr auf See. Er erhielt  
eine kleine Anstellung am Hofen, und wenn er später irgend  
jemand seinen Unfall erzählte, vertraute er seinem Zuhörer  
wohl ganz leise an: „Wenn der Bruder damals das Reß hätte  
abschneiden lassen, hätte ich heute noch meinen Arm. Aber  
er hing zu sehr an seinen Sagen.“

Eingegangene Bücher und Zeitschriften

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeit-  
schriften sind von unserer Parteibuchhandlung zu beziehen.)

Von der Neuen Zeit ist zu beziehen das 18. Heft vom 2. Band  
des 39. Jahrgangs erschienen. Der Inhalt ist wieder sehr in-  
teressant und beachtenswert.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle  
Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von  
M. 10.50 das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei  
der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne  
Heft kostet M. 1.50.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

„Der Firt“, Sozialistische Rundschau über das politische,  
wirtschaftliche und kulturelle Leben. Folgende Artikel haben  
wir aus dem Inhalt des neuesten Heftes des 2. Jahrganges her-  
vor: Mar-Artikel (Kaiser); Professor Ferdinand Lammert-Edling:  
Parteilampf und Volkskampf; Reichskommissar Reichlich-Dort-  
mund: Politische Kulturgeschichte; A. Schweizer-Gent: Kann  
uns die Internationale helfen?; A. Conrad: Kriegsverbrechen  
II; Dr. Victor Engelhardt: Segel als Geschichtsphilosoph; Ju-  
lianus-München: Ludwig Thoma; Zacharias Dautz: Das Auge  
Pferd. Blide vom Firt: Sommerwind; Die Partei der Maro-  
deure; Hat er gebauert — oder hat er nicht gebauert?; Verlei-  
dung des Reichstages; Befähigung zum Reichstanzler; Die  
nicht coulerefähige Republik; Lache nicht!; Lenin in Brillanten.  
Bibliothek. — Der „Firt“ erscheint halbjährlich und ist  
durch alle Buchhandlungen, alle Postanstalten oder direkt vom  
Verlag: „Der Firt“, Berlin W. 35, zu beziehen. Abonnements-  
preis: vierteljährlich (6 Hefte) M. 5.50; bei Zustellung durch den  
Verlag 20 Pfg. für Porto pro Heft extra; Einzelheft M. 1.20;  
Probenummern kostenlos.

Das Reß

Von Guy de Maupassant.  
(Schluß.)

Als man nach Boulogne zurückwollte, brach ein neuer Sturm  
los und das kleine Boot wurde wieder wie toll hin und her  
geworfen, weiter in die See hineingefegt und der arme Ver-  
wundete an seinem Bord ohne Unterlaß herumgestoßen.

Es wurde Nacht; das Wetter blieb fürmisch bis zum Mor-  
gen grauen. Als die Sonne aufging, erblickte man die eng-  
lische Küste wieder, da das Meer sich jedoch ein wenig beruh-  
igte, segelte man auf Frankreich zu.

Gegen Abend rief Javel der Jüngere seine Kameraden und  
zeigte ihnen schwarze Stellen, schauerhafte Anzeichen der Ver-  
wesung auf dem Gliede, das ihm nicht mehr gehörte.

Die Fischer betrachteten sie und sagten ihre Meinung.  
„Das könnte wohl der schwarze Brand sein“, dachte der eine.  
„Man müßte Salzwasser drüber gießen“, erklärte ein an-  
derer.

Man brachte also Salzwasser und goß es über die Wunde.  
Javel wurde totenerblich, knirschte mit den Zähnen, wand sich ein  
wenig, doch hielt er nicht.

Als das Brennen nachgelassen, sagte er zu seinem Bruder:  
„Gib mir Dein Messer.“ Der Bruder reichte es ihm.  
„Halte mir einmal den Arm in die Höhe, ganz gerade,  
zieh mal dran.“

Der Ältere tat, was er verlangte.  
Dann begann er zu schneiden. Er schnitt langsam mit  
Bedenken die Sehnen mit der wie ein Rasiermesser nach innen  
Waffe durch und hatte bald statt des Arms nur noch einen  
Stumpf. Dann stieß er einen tiefen Seufzer aus und sagte:  
„Das war nötig, ich war sonst selbst futsch!“

Er schien nun ein wenig erleichtert zu sein, atmete tief  
und fuhr fort, den Stumpf in Wasser zu baden.  
Die Nacht war noch sehr bewegt, man konnte nicht ans  
Land.

Als der Tag kam, nahm Javel der Jüngere seinen abge-  
schnittenen Arm und untersuchte ihn lange genau. Die Ver-  
wesung war ohne Zweifel eingetreten. Auch die übrigen Fi-  
scher betrachteten ihn, reichten ihn von Hand zu Hand, wende-  
ten ihm um und um, berodeten ihn.

Sein Bruder sagte: „Das muß sofort über Bord geworfen  
werden.“

Aber der jüngere Javel wurde böse: „O, nein, das will ich  
nicht. Er gehört mir, es war doch mein Arm!“

Er nahm ihn und legte ihn auf seine Knie.  
„Er wird trotzdem verfaulen“, sagte der Ältere.  
Da kam dem Verletzten ein Gedanke. Um die Fische frisch  
zu halten, wenn man lange auf See blieb, salzte man sie in  
Fässchen ein.

Er fragte: „Könnte ich ihn nicht auch in die Salzlake  
legen?“

Man leerte eins der vom gestrigen Fischfang schon gefüll-  
ten Fässchen und legte den Arm ganz auf den Boden nieder,  
streute Salz darüber und packte die Fische wieder einen nach  
dem anderen darauf.

Einer der Kameraden machte den Scherz: „Hoffentlich wird  
das Fässchen nicht verfault.“

Alle lachten, die beiden Javel ausgenommen.  
Es war noch immer fürmisch. Bis zum folgenden Tag  
um zehn Uhr war, obwohl man Boulogne sah, nicht an Anlie-  
gen zu denken.

Der Verletzte goß unaufhörlich Wasser über seine Wunde.  
Von Zeit zu Zeit stand er auf und ging von einem Ende  
des Bootes zum andern.

Sein Bruder, der das Steuer hielt, blickte ihm nach und  
schüttelte den Kopf.  
Endlich lief man in den Hafen ein.

Ein Arzt untersuchte die Wunde und erklärte, sie sei in  
gutem Zustand. Er legte einen Verband an und ordnete Ruhe.  
Javel wollte sich jedoch nicht zu Bette legen, ohne seinen Arm  
wieder zu haben, lehrte eilig nach dem Hafen zurück und  
judte das Fässchen, das er mit einem Kreuz bezeichnet hatte.

Man leerte es und ersah das in der Lage wohl erhaltene,  
verzerrt, doch frisch aussehende Glied, wickelte es in ein zu  
diesem Zweck mitgenommenes Handtuch und begab sich wieder  
nach Hause.

Seine Frau und seine Kinder beglückten diesen Eherden  
von ihrem Vater recht eingehend, betasteten die Finger und  
entfernten die unter den Nägeln hängengebliebenen Salzkrusten  
dann ließ man einen Tischler kommen, der zu einem kleinen  
Sarge Maß nahm.

Am folgenden Tage folgte die ganze Bemannung des  
Schaluppe dem Begräbnis. Die beiden Brüder gingen neben-



und Häuser mit höchstens 3 bewohnbaren Geschossen und höchstens 6 Familien in einem Hause vorliegt, die sich im wesentlichen auf die Stärke der Außen-, Brand-, Treppenhau- und inneren Tragwände beziehen. Außerdem wurden durch Vollzugserlaß dieser Verordnung Erleichterungen hinsichtlich der Größe der Nutzlast für Decken und des Eigengewichts ausgetastet, gepußter und gebelletter Balkendecken getroffen.

**Keine Vorläufe zur Beschaffung von Wintervorräten**

Die Gewährung von Lohn- und Gehaltsvorläufen zur Beschaffung von Wintervorräten, wie sie während und nach dem Kriege üblich war, hat verschiedentlich zu Mißständen geführt. Nachdem die Reichsverwaltung bereits im vorigen Jahr keine Vorläufe mehr bezahlt hat und die Befoldungsverhältnisse der Beamten geordnet sind, wird auch die badische Regierung keine Vorläufe mehr gewähren.

**Der Karlsruher Osterdienstaufbruch vor der Straßammer**

**Karlsruhe, 13. Juli.** Am 2. Tage des Prozesses gegen die 15 Personen, die wegen der Vorgänge am 20. März ds. Js. angeklagt waren, wurde in der Vernehmung der Zeugen fortgefahren. Die beiden ersten Zeugen brachten bezügl. des Angeklagten Schwarz nichts Belastendes vor. Ein Oberwachmeister kam nochmals auf die Vernehmung des Schwarz gegen zwei Polizeikommissare zurück, auf die der Angeklagte unter Beschimpfungen gedeutet haben soll. Schwarz erklärt dazu: Der Zeuge, der jetzt bestimmte Aussagen macht, hat es in der Voruntersuchung als möglich hingestellt, daß die angebl. Verleumdung auch auf eine andere Person hätte bezogen werden können. Es war doch unmöglich, daß ich auf zwei Beamte denken konnte, die nach den Zeugnisaussagen beim Hotel Große standen, während ich beim Rathaus stand, und die ich außerdem nicht kenne. Der nächste Zeuge, ein Polizeibeamter, bestätigte früher gemachte Angaben, wonach der Angeklagte Claus die Menge aufgefordert habe, zum Ministerium zu gehen. Nachdem ein weiterer Zeuge über die Verhaftung des Angeklagten Lindner ausgesagt hatte, trat der letzte Zeuge zur Entlastung des Angeklagten Schwarz auf. Hierauf erlittete Rechtsanwält Dr. Oberle sein Gutachten über die Verleumdungen, die er bei der Unternehmung der Angeklagten festgestellt hatte. Einige Verleumdungen liegen auf außerordentlich roher Behandlung seitens der Sippenmännchen. Damit war die Beweisaufnahme beendet. Nachdem der Vorsitzende noch mitgeteilt hatte, daß es sich im vorliegenden Fall um zwei Strafanträge handle, seitens der Polizeidirektion und des Ministeriums des Innern, beide wegen Beleidigung, erhielt Hilfsstaatsanwalt Dr. Koransky das Wort zur Vertretung der Anklage. Der Staatsanwalt rechtfertigte einleitend die Haltung der Polizeibehörde und der Beamten, bedauerte aber auch, daß Ausschreitungen vorgekommen seien, die geahndet werden. Die Anklage wegen Aufstaus wurde aufrechterhalten bei den Angeklagten: Anobloch, Eugen Schanz, Friedrich, Schönholz, Rosenfelder und Vergentopf; wegen Aufstaus und Verleumdung bei den Angeklagten: Wilhelm Schanz, Haas, Hohl, Schwarz; wegen Aufstaus, Widerstands bei den Angeklagten Huber und Lenz; wegen Aufstaus und Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Befehle bei den Angeklagten Claus und Lindner und schließlich beim Angeklagten König wegen Aufstaus, Widerstands und Verleumdung. Der Anklagevertreter hob hervor, daß in den Fällen, wo eine Bestrafung wegen Aufstaus nach § 116 nicht anging, zum mindesten der § 386 Iuff. 10 betr. Uebertretung von Polizeiverordnungen in Betracht komme. Für letzteres wurde auf Geldstrafe erkannt, während für Vergehen wegen Aufstaus Gefängnisstrafe eintreten müsse. Die Strafzumessung stellte der Anklagevertreter dem Gerichtshof anheim.

In seinem Plaidoyer hob Rechtsanwalt Dr. Kahn hervor, daß man versucht habe, einen großen Prozeß zu entwickeln, der Staatsanwalt aber jetzt in einigen Fällen nur noch den § 388 in Anwendung bringen wolle. Dr. Kahn plaidierte für die Angeklagten König, Anobloch, Wilhelm und Eugen Schanz, Hohl, Friedrich, Vergentopf, Schwarz, Claus und Lenz. Der Vertreter des Angeklagten Lindner, Rechtsanwalt Dr. Seinsheimer, gab der Meinung Ausdruck, daß das Vorgehen der Polizei dazu angetan sei, Kommunisten zu jücheln. Er habe diesen Eindruck aus der Verhandlung gewonnen und auch von anderer Seite sei ihm dies bestätigt worden. Die Zurückweisung des Vorgehens seitens des Herrn Staatsanwalts verbiete Anerkennung, sie hätte aber schärfer sein dürfen. Beim Angeklagten Lindner werde auch der Gerichtshof bei Würdigung aller Umstände auf Freisprechung erkennen.

**Landesversammlung der badischen Heimat in Donaueschingen**

Im Rathausaal fand Montag früh die Mitgliederversammlung statt, in der der Landesvorsitzende Prof. Dr. Fischer-Freiburg allen denen, die an dem Zustandekommen der Landesversammlung in Donaueschingen mitgeholfen haben, den herzlichsten Dank aussprach. Bürgermeister Fischer-Donaueschingen begrüßte die Versammelten im Namen der Stadtverwaltung. — Darauf begann der geschäftliche Teil der Tagesordnung. Der Mitgliederstand der badischen Heimat hat letztes Jahr um 2600 Mitglieder zugenommen. Heute sind es 6000 Mitglieder. Wenn der Verein der kulturelle Mittelpunkt der Heimat werden soll, müssen es aber noch viel mehr werden. Werbemittel sind Vorträge, Kurse und zwei Zeitungen. Der Verein wurde zu großen Beratungen herangezogen, z. B. beim Hiesiger Klub und Sunthausen.

Den Rechnungsbericht legte Professor Dr. Josef Meier ab. Er lautet für das Jahr 1920 verhältnismäßig günstig. 35 000 M. der Kosten für die Zeitschriften müßten in den Voranschlag für 1921 übernommen werden. Die Arbeiten und Vorträge geschähen ehrenamtlich. Prof. Dr. Wingenroth hat sich große Verdienste für den Verein erworben. Es gelang ihm, größere Stiftungen für den Verein zu gewinnen. Dem Redner wurde Entlohnung erteilt, die Rechnungsprüfer wiedergeglaubt.

Der Voranschlag für 1921 sieht aber weniger erhebdend aus. Es muß mit einem Defizit von 85 000 M. gerechnet werden. Es wäre deshalb im Interesse der idealen Sache durchaus wünschenswert, daß alle Mitglieder, die dazu in der Lage sind, ihren Mitgliedsbeitrag von sich aus erhöhen. Die Mitglieder werden auch gebeten, bei ihren deutschen Verwandten in balutafarthen Ländern für die Beiträgen des Vereins zu werben. Ein vorzügliches Beispiel haben die Leiter darin gegeben, die freiwillig ihre Mitgliedsbeiträge erhöht haben. Die Zeitschriften der Vereins sollen eine neue Anordnung erfahren. „Mein Heimatland“ erscheint künftig zur Behandlung von Tagesfragen monatlich, das Heft „Badische Kunst“ alljährlich in der ersten Hälfte des Jahres als Jahrbuch, der „Eckhardtalender“ gegen Ende des Jahres. Prof. Dr. Fehle bemerkt, daß die Badische Heimat kein eigenes Volksschullebuch herausgibt. Aber sie sollte mithelfen an dem Zustandekommen eines solchen, damit im Unterricht mehr Heimatkunde gelehrt werden kann.

Bezüglich der Kriegserzählungen will die Badische Heimat den Riß und Schund verhindern helfen. Die Geistesfreiheit beider Konfessionen, die Bürgermeister und Lehrer müs-

sen wissen, daß ihnen in solchen Fragen die Beratungskreise der badischen Heimat zur Verfügung steht. In der Frage der Herstellung von Naturdenkmälern liegt viel Stoff belagender Vorlesungen vor, u. a. im Schloß zu Slüßingen und Emmendingen. In Saig habe die Ueberlandzentrale durch die Ueberlandleitung das Orisbild gestiftet. Kunstmalerei in der Ueberlandleitung tabelt die industriemäßige Anfertigung von Kriegdenkmälern nach Schablonen.

Ueber die Landeswohlfahrtspflege sprach in Vertretung von Ez. Bek der Direktor Angenheit. Fußball- und Turnspiele müssen aufs Land. Auch das Kino soll aufs Land, freilich keine Berliner Sensationsfilme. Die Südwestdeutsche Kinogesellschaft ist ein Unternehmen des landwirtschaftlichen Grundbesitzes, um dem Land ein gutes, stillich einwandfreies Kino bieten zu können. Prof. Dr. Günther sprach über Naturdenkmäler. Der Abschuß des alten Marklerhauses zwischen Ludwigshafen am Bodensee und Ueberlingen müsse ebenso verboten werden, wie der Abschuß von Eulen. Die Ausstopfer müssen durch die Bezirksämter kontrolliert werden. Der Apolloschmetterling im Hällental muß geschützt werden. Persönliche Belehrung tut not. — Der nächste Tagesort ist Bruchsal. Damit ist die Tagesordnung geschlossen.

Hierauf fand ein Lichtbildvortrag im Turnsaal der Volksschule statt, bei dem Architekt Ridel, Freiburg im Lichtbild Klänge von neuen Häusern des Wiederbaubereiches von Sunthausen aus der Hand des Architekten Mörsch-Freiburg zeigte. — Dann hielt über Organisation von Denkmalpflege und Heimatschutz in Württemberg Prof. Dr. Göhler, der württembergische Landeskonseruator, einen lehrreichen fesselnden Vortrag, aus dem zu ersehen war, wie bis in den kleinsten Bezirk der Heimatschutz in Württemberg organisiert ist. In Württemberg ist auch der Privat- und Fideikommiss-Kunstbesitz durch das Gesetz vom Mai 1920 über Denkmalschutz erfasst. Der württembergische Staat hat darin das Vorkaufsrecht. Es ist ein ganz großzügiges Gesetz. Der Landesarchäologie als besonders wichtiger Kulturzweig wendet sich erhöhtes Interesse zu. Die Luxussteueranordnung ergibt die Denkmalschutzkommission, von ihr wird kunstvoller Riß mit einer besonderen Luxussteuer bedacht. Ein ganz probates Mittel.

Nachmittags fand eine Führung durch die Festräume des Schlosses und ein Besuch der fürstlichen Brauerei statt. Um 4 Uhr nachmittags fanden heimatische Kurse mit einführenden Vorträgen von Prof. Dr. Eugen Fehle über Volkskunde und Prof. Dr. Günther über Naturkunde mit nachfolgenden Aussprachen statt. Die Kurse bezwecken, Aufklärung und Ansporn zu geben, im Dienste des Heimatschutzes tätig zu sein.

In Schlußwort verbreiteten sich mehrere Angeklagte über sozialistische und kommunistische Ideen, die mehr an eine politische Versammlung, als an den Gerichtssaal erinnerten. Als bemerkenswert ist hervorzuheben, daß der Angeklagte Anobloch schleunigste Verurteilung der Polizeibeamten verlangte. Der Angeklagte Hohl hob hervor, daß die Verurteilung der Auftrichter in Karlsruhe eine Verurteilung für die Bürgerlichkeit sein solle, aber nur solange, bis die kommunistische Idee sich Bahn gebrochen hätte. Nachdem der Angeklagte Friedrich mehr allgemeine kommunistische Gedanken zum Ausdruck gebracht hatte, zog Schönholz einen Vergleich zwischen dem Götzprozeß und den Kriegsbeschuldigtenprozessen in Leipzig. Götz habe nur eine Affäre in die Wege geleitet, und wenige Menschen auf dem Gewissen, während die Kriegsbeschuldigten Tausende von Familiendauern vor das Messer geliefert hätten. Der Karlsruher Prozeß sei die Kosten nicht wert, die er verursache.

Bei den Ausführungen des Angeklagten Verentopf kam es um 11.23 Uhr zu einem Zwischenfall; zunächst rief er den Polizeibeamten ein „Pui“ zu und meinte, daß sie ihr Verhalten wieder gutmachen könnten, wenn sie Schulter an Schulter mit dem Proletariat kämpften, wenn es gelte, mit dem kapitalistischen System abzurechnen und fuhr fort: Wir sind dem Gerichtshof dankbar, daß er uns Material in die Hände gegeben hat“, das wir auch der Öffentlichkeit unterbreiten werden. Zum Schluß forderte er die Angeklagten zu einem Hoch auf den Kommunismus auf, in das einige der Angeklagten, sowie Stadtrat Jakob Traberger im Zubehörraum einstimmten. Der Vorsitzende, der diesen Zwischenfall rechtzeitig zu verhindern suchte, wurde überläßt. Auf die Frage des Vorsitzenden meldete sich der Außer im Zubehörraum sofort und wurde von den Sicherheitsmännern abgeführt. An der Tür brachte er nochmals ein Hoch auf die Weltrevolution aus, das auch bei einigen Angeklagten erwidert wurde.

Der Gerichtshof zog sich um 11.30 Uhr zur Beratung zurück und verkündete um 11 Uhr folgendes Urteil: Der Angeklagte König wird verurteilt wegen Aufstaus, in Tateinheit mit Beleidigung und Widerstand gegen die Staatsgewalt zu 6 Monaten Gefängnis abzüglich 8 Monate Unteruchungshaft; der Angeklagte Huber wegen Widerstands zu 2 Wochen Gefängnis, verbißt durch die Unteruchungshaft; Wilhelm Schanz wegen Aufstaus und Verleumdung zu 2 Monaten, abzüglich 2 Wochen; Eugen Schanz wegen Aufstaus zu 2 Wochen, verbißt durch die Unteruchungshaft; der Angeklagte Haas wegen Aufstaus zu einer Geldstrafe von 100 M. oder 6 Tagen Haft; Hohl wegen Aufstaus und Verleumdung zu zwei Monaten Gefängnis; Karl Rosenfelder wegen Aufstaus zu 2 Monaten Gefängnis, verbißt durch die Unteruchungshaft; Schwarz wegen Verleumdung zu einer Woche Gefängnis, verbißt durch die Unteruchungshaft und der Angeklagte Lenz wegen Verleumdung in Tateinheit mit Widerstand zu 2 Monaten abzüglich 2 Wochen.

Dem Ministerium des Innern und der Polizeidirektion wird die Befugnis ausgesprochen, das Urteil der Angeklagten Wilhelm Schanz, Hohl und Schwarz innerhalb 4 Wochen im Staatsanzeiger zu veröffentlichen. Die Angeklagten Anobloch, Friedrich, Schönholz, Vergentopf, Claus und Lindner werden freigelassen. Der Vorsitzende gab noch bekannt, daß die Polizeibeamten die Befugnisse bei den Vorgängen am 20. März überschritten haben, aber die Tatsachen der Aufklärung bedürfen. Der Angeklagte Vergentopf wird wegen des Hochs zu einer Ordnungstrafe von 8 Tagen Haft verurteilt, die sofort zu vollziehen ist. Die Verhandlung wurde kurz vor 1 Uhr geschlossen.

**Kleine Nachrichten**

**Neustadt a. d. S.** Ein 20-jähriger Lehrer wurde mit seiner 18-jährigen Geliebten verhaftet, weil beide das aus ihrem Verhältnis hervorgegangene Kind getötet hatten.

**Passau.** An der böhmisches-österreichischen Grenze kam es zu einem Feuergefecht zwischen Viehdiebstahlern und Grenzbeamten. Ein Schmuggler wurde erschossen. Zehn Ochsen wurden ihnen abgejagt und beschlagnahmt.

**Leipzig.** Der von Hannover-Bräunschweig-Halle auf dem Leipziger Hauptbahnhof am 9.17 Uhr dort eintreffende D-Bus 91 sei bei der Einfahrt, wahrscheinlich infolge Versagens der Bremsen auf einen Freiloch aufgefahren. In den Wagen entfiel unter den Gästen eine Kasse, weil ein größeres Unglück vermieden wurde. Sämtliche Fenster Scheiben wurden zertrümmert. Durch heruntergefallenes Gepäc wurden 5 Personen leicht verletzt. Die Unteruchung ist eingeleitet worden.

**München.** In einer Versammlung des bayerischen Beamtenbundes wurde dem Synodus des Bundes Dr. Waldmann

mitgeteilt, die Entente beabsichtige zu verlangen, daß das Beamtenheer um 50 Prozent zu vermindern sei.

**München.** Zu dem Plan der Reichsregierung die Biersteuer um das vierfache zu erhöhen hat der bayerische Finanzminister in Berlin erklärt, daß eine derartige Biersteuererhöhung verhängnisvoll wäre und unter allen Umständen abzulehnen sei.

**Königsbosen.** Beim Baden in der Tauber ist der 22-jährige Gärtnermeister L. Eisenhauer ertrunken. Berlin. Blättermeldungen aus Koburg zufolge ist der Führer des deutschen Selbstschutzes, General Köfer, nach seinem Koburger Wohnitz zurückgekehrt. Er wurde am Bahnhof von den städtischen Behörden empfangen. Eine große Menschenmenge bereitete ihm stürmische Ovationen.

**Berlin.** Wie die „Voss. Zig.“ aus Koblenz meldet, hat die interalliierte Rheinlandskommission dem Reichskommissar für die besetzten Gebiete mitgeteilt, daß die freitenden Rheinischfabrikarbeiter die Arbeit unverzüglich aufnehmen haben. Ihre Forderungen werden von einem von der Rheinlandskommission eingesetzten Schlichtungsgesicht geprüft. Zuwerdhandlungen werden befristet.

**Berlin.** Nach einer Meldung aus Carburg vernichtete gestern ein gewaltiger Brand große Moorflächen und mehrere hundert Morgen Heide. Die dort lagernden Torfvorräte wurden ein Raub der Flammen.

**Berlin.** Nach einer Meldung aus Pommern überfiel auf dem Postamt in Seim der Bergmann Osterbach die diensttunende Polizeiführer und raubte 21 000 M. Postgelder. Der Räuber konnte nach einer wilden Jagd festgenommen werden.

**Reihe.** Im Munitionsspedoi auf dem benachbarten Exerzierplatz Steinhilber ist ein Benzintank und ein danebenliegender Schuppen in die Luft geflogen. 3 Personen wurden getötet und 15 verletzt, darunter eine schwere; 2 Personen werden vermißt. Durch den gewaltigen Luftdruck wurden in Steinhilber Häuser eingestürzt und in den benachbarten Ortschaften Fenster Scheiben abgedrückt. Vermutlich liegt Selbstentzündung vor.

**Maim.** Ein furchtbarer Waldbrand wütet in der Nähe von Oskarfen seit Tagen mit unermindelter Stärke. Das Feuer vorbreitet sich bereits auf 5 bis 6 Kilometer und hat das Waldgebiet in einer Tiefe von 10 Kilometer verwüstet. Auch in der Gegend von Elmshorn ist ein großer Waldbrand ausgebrochen.

**Aus dem Lande**

**Berghausen, 14. Juli.** Der Arbeitergesangsverein „Freiheit“ begeht am Sonntag, den 17. Juli, die Feier seines 10-jährigen Stiftungsfestes auf dem Hohenberge. Die gesanglichen und sonstigen unterhaltenden Darbietungen, sowie der schon am Waldrand gelegene Festplatz besprechen den Teilnehmern einige genutzreiche und vergnügliche Stunden. Es wird die gelamte Einwohnererschaft von Berghausen und Umgebung zur Beteiligung freundlich eingeladen.

**Sinsheim a. B., 13. Juli.** Der badische Staat beabsichtigt die Fürjorgeerziehungsanstalt hier in Stand zu setzen und zur Unterbringung männlicher psychopathischer Fürjorgezöglinge einzurichten. Im Hinblick auf die Finanzlage des Staates ist in Aussicht genommen, die Durchführung des Bauprogramms auf mehrere Jahre zu verteilen und zunächst nur die Instandsetzung und die am dringendsten notwendige bauliche Veränderung vorzunehmen, sowie die dardaus anhängende Ausstattung zu ergänzen. Der Gesamtaufwand aller dieser Arbeiten beläuft sich auf 1 135 000 M. Die Hälfte dieser Summe wird jedoch im 3. Nachtrag zum Staatsbudgetanschlag angefordert.

**Schweisingen, 13. Juli.** Ein Schwinder ist hier gefestigt worden, der von mehreren Familien aus Schweisingen und Pfaffstadt größere Geldbeträge unter dem Vorwand, daß er ihnen billige Kohlen beschaffen könne, erschwindelte.

**Heidelberg, 14. Juli.** Der Redar hat zurzeit einen so niedrigen Wasserstand wie seit 30 Jahren nicht mehr. Gewaltige Steine sind überall im Flußbett sichtbar; bei Schlierbach ist ein Stein aus dem Wasser hervorgerateten, der die Jahreszahl 1881 zeigt. Von der Wiederaufnahme der Schleppschiffahrt und der Personenfährt kann natürlich vorläufig keine Rede sein.

**Mannheim, 13. Juli.** Ein gefährlicher Brand brach gestern abend gegen 11 Uhr in der Eisenbahnwerkstätte im Jungbusch aus, wo ein hoch benzign explosibler, zwei Schuppen mit viel elektrischem Material und Öl gerieten in Brand. Die Berufsfeuerwehr bekämpfte mit mehreren Leitungen und der Motorpumpe das Feuer, das sie nach 1 1/2stündiger Dauer unterbrücken konnte. Der Schaden wird auf 22 000 M. geschätzt.

**Gremmling (Ami Teiberg), 11. Juli.** Brand. Sonntag vormittag brach in dem jogen. Alt-Franzenbaurhaus die Feuer aus. Das ganz aus Holz gebaute Haus stand bald in hellen Flammen, selbst der angrenzende Wald hatte schon Feuer gefangen. Die Bewohner konnten nur drei Ziegen, die Kühner, ein Bett und eine Nähmaschine retten, alles andere ist verbrannt. Das Haus war von der Witwe Kienler und ihrem Schwiegerohn Haas besetzt. Auch das in der Nähe liehende Hauschen der Witwe Bod hatte bereits durch Funken auf dem Schindeldach Feuer gefangen. Durch herbeigeeilte Leute gelang es noch, hier helfen einzugreifen und auch den Wald vor größerem Schaden zu bewahren.

**Friedrichsdorf, 14. Juli.** Feuer. In dem Anwesen des Landwirts Peter Dehous in der Schweisingertrize entzündete gestern nachmittags Feuer, dem die Scheuer und die Stallungen zum Opfer fielen. Die Entstehungsurache ist unbekannt.

**Redargrasch, 13. Juli.** Fischerei. Durch eine Verunreinigung des Redars trat am Dienstag ein großes Fischsterben im Redar ein. Die hiesigen Fischer holten mit Körben und Netzen die Fische genterweise aus dem Redar.

**Trauerfeier für die ermordeten Bürgermeister**

**Seidelberg, 14. Juli.** Im Garten des Universitätskranlenhauses fand gestern abend eine Trauerfeier für den ermordeten Oberbürgermeister Basse statt. Zugegen waren Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden, sowie der Rektor der Universität Hofrat Hoese und zahlreiche Angehörige studentischer Korporationen. Stadtpfarrer Wß hielt die eindringliche Trauerrede. Oberbürgermeister Basse gab in bewegten Worten der Trauer der Stadt Seidelberg Ausdruck unter Wiederholung eines Kranges. Die Rede wurde heute früh nach Herford überführt. Für Bürgermeister Werner hat heute vormittag am Krematorium eine Trauerfeier stattgefunden, bei welcher der gemigte Chor des Badervereins und der akademische Gesangsverein mitwirkten. Stadtpfarrer Schmitt-Neuenheim gedachte des traurigen Ereignisses, das in allen Kreisen der Bevölkerung lebhaft Anteilnahme erweckt. Polizeikommissar Oberländer legte namens der Stadt Herford und zugleich im Auftrag der dortigen Polizeibeamten einen Kranz nieder, desgleichen Oberbürgermeister Dr. Basse für die Stadt Seidelberg.

**Sommersprossen**

Leberleide, Mitesser, Pökel, unreiner Teint, Röt des Gesichts und der Hände verschwinden, die Haut wird zart, weiß und geschmeidig durch erprobt, garantiert unschädlich. Hautbleichkrem Klorokrem M. 2.50 und Kloroseife M. 5.- Überall erhältlich. Fabrikant: Laboratorium Leo, Dresden-N. 6

15. J...  
m Befamc...  
a. M.

Die S...  
für die A...  
zeit nicht...  
Das Pfla...  
Lärmen d...  
Straße...  
Eine Rolo...  
Dudend u...  
stehende G...  
schweige...  
Sie wissen...  
Allgemein...

Der L...  
einen Har...  
Augen die...  
überleben...  
fönnen. I...  
ordnungen...  
herrliches...  
Und e...  
die emfig...  
Gruppen...  
Erboten f...  
Alles das...  
ein Konze...  
Dutcheina...  
voller Au...  
rösch; abe...  
Anspruch...  
seinem l...  
und Schu...

Ungez...  
schwerfäll...  
wunderbar...  
nur auf K...  
ben. Das...  
ungestrakt...  
nichts gef...  
Nacht geb...  
für Einba...  
sich. Uno...  
barnberzi...  
ist lang u...  
Hände.

Einig...  
f. A...  
Diensttag...  
Hotel. U...  
kommen...  
Bedienung...  
Betriebe...  
anrechnung...  
10 Prozen...  
Anrechnung...  
im Torip...  
Konsumat...  
rechnung...  
Gajwirtsq...  
Jaffer, K...  
Hilfsper...  
löhne fest...  
beide Tar...  
auch im...  
ergeht au...  
gende Wit...

Shee...  
Präsu...  
überaus h...  
mittags u...  
die erfolg...  
lehten B...  
gramm ge...  
hohen Gr...  
Fester des...  
Klasse) ei...  
Bagners...  
theus-Owe...  
weiter Au...  
fühlungs...  
Kibg sei...  
eine jhdne...  
Wend bra...  
so den B...  
Arie recht...  
zum Vortr...  
bern von...  
Schmit...  
sämtl. S...  
stasfoliste...  
bewundern...  
trag von...  
die Klavier...  
Al. Dinar...  
unter and...  
brachte u...  
der eigene...  
gewandte...  
Formen, e...  
Den Aben...  
meier Ed...  
dem Orde...  
Apostel...  
sein Anfr...  
der für d...  
Konserkte...  
nach den...  
entwidelt...  
dem Konje...  
einzelnen



**Vieh- und Viehmarktordnung für die Hauptstadt Karlsruhe betr.**

Mit Zustimmung des Stadtrats der Landeshauptstadt wird auf Grund der Reichsverordnung vom 19. September 1920 über die Aufhebung kriegswirtschaftlicher Vorschriften auf dem Gebiet der öffentlichen Fleischversorgung, der badischen Verordnung vom 27. September 1920, die Regelung des Handels mit Vieh und Fleisch betr., und der badischen Verordnungen vom 19. November 1915 und 26. Oktober 1920 die Preisfestsetzung beim Markthandel mit Schlachtvieh betr., folgende mit Entscheidung des Landeskommissars für die Kreise Karlsruhe und Baden vom 8. Juni 1921 Nr. 8529 für verbindlich erklärt.

**Ortspolizeiliche Vorschrift**  
erlassen.

Die Vieh- und Viehmarktordnung der Landeshauptstadt Karlsruhe v. 26. August 1914. Nach § 3 dieser Verordnung wird ein § 3a eingeschaltet mit folgender Fassung:

§ 3a. Für die Regelung des Handels auf dem Markt und für die Ermittlung der Marktpreise gelten die Bestimmungen der besonderen Marktordnung (siehe Anhang).  
Nach § 24 wird eingeschaltet:

**D. Anhang**  
**Besondere Marktordnung**  
für den Handel mit Schlachtvieh auf dem städt. Viehhof Karlsruhe.

§ 1. Der Handel mit Schlachtvieh auf dem städt. Viehhof ist zulässig:

a) nach Lebendgewicht. Das Lebendgewicht ist durch Wiegen festzustellen. Dabei sind die Tiere nüchtern zu wiegen oder mindestens 5 Prozent Verlust in Abzug zu bringen. Als nüchtern gelten Tiere, die mindestens während 12 Stunden vor dem Wiegen nicht gefüttert oder getränkt sind.

b) nach Schlachtgewicht auf Grund besonderer Genehmigung des Ministeriums des Innern und nur für Schafvieh, Schafe und Schweine. Das Schlachtgewicht muß nach der ortspolizeilichen Anordnung vom 28. August 1908 festgesetzt werden. Der Handel nach Stück oder Schätzung ist verboten.

§ 2. Zur Überwachung des Marktverkehrs und der Preisbildung wird eine besondere Marktcommission bestellt. Die Mitglieder derselben werden vom Stadtrat ernannt aus Vertretern der Stadtverwaltung, des Viehhandels, des Metzgergewerbes und der Landwirtschaftskammer. Außerdem gehören der Kommission ein Vertreter der Polizeibehörde, der Preisprüfstelle und der Bezirkskammer.

Der Vorsitz in der Kommission führt der Direktor des Schlacht- und Viehhofes bzw. dessen Stellvertreter.

§ 3. Die Marktcommission hat die Einhaltung der für den Handel erlassenen Vorschriften zu überwachen und bei der Preisermittlung mitzuwirken. Sie ist auch befugt, im Bedarfsfall besondere Anordnungen für die Marktziten und für die Viehansuche zu treffen.

§ 4. Sowohl Käufer als Verkäufer sind verpflichtet, der Marktcommission Auskunft über die bezahlten Preise zu erteilen und die erforderlichen Nachweise zu liefern.

Für die von Metzger und Händlern unmittelbar beim Viehhalter angekauften Tiere sind die gemäß § 8 der Reichsverordnung vom 19. September 1920 vorgeschriebenen Schlachtscheine vorzulegen.

Diese Vorschrift gilt auch für Metzger und Fleischwarenhändler, welche auf dem Schlachtviehmarkt Vieh für ihren Gewerbebetrieb vom Händler ankaufen.

§ 5. Die ermittelten Preise sind nach Schlachtbericht zusammenzustellen. In demselben sind auch Angaben über die Beschaffenheit des Marktes und über den Geschäftsgang aufzunehmen.

§ 6. Strafbestimmungen.  
Siehe § 17 der Reichsverordnung vom 19. September 1920, (Reichsgesetzblatt Seite 1678) und § 12 der badischen Verordnung vom 27. September 1920 (Ges. u. Verordnungsblatt Seite 491).

D. 3. 102  
Karlsruhe, den 6. Juli 1921. 1633  
Bezirksamt. — Polizeidirektion b.

**Bekanntmachung**

Über die Vorräte an früheren Ernten an Brotgetreide, Gerste und Hafer.

1. Gemäß Reichsgesetz vom 21. Juli 1921 und gemäß Verordnung der bad. Regierung vom 1. Juli 1921 sind die mit Beginn des 15. Juli 1921 vorhandenen Vorräte an Brotgetreide, Gerste und Hafer anzugeben, die aus der Ernte 1920 oder früheren Ernten (also nicht aus der Ernte 1921) stammen.

2. Die Anzeigepflicht erstreckt sich nicht:  
a) Auf Vorräte, die im Eigentum des Reiches, eines Landes oder der Reichsgetreidestelle stehen.  
b) Auf Vorräte an Brotgetreide und Gerste, die bei einem Besitzer einschl. der daraus hergestellten Erzeugnisse ja 30 kg. auf den Kopf der Selbstversorger nicht übersteigen.

3. Zur Abgabe der Anzeige ist verpflichtet, wer solche Vorräte im Gewahrsam hat. Die Anzeige ist getrennt nach den einzelnen Fruchtarten und nach Eigentümern mündlich oder schriftlich dem städtischen Statistischen Amt (Jähringstraße 98) spätestens am 20. Juli 1921 zu erteilen.

4. Anzeigepflichtige Vorräte, die am 15. Juli unterwegs sind, sind von dem Empfänger unverzüglich nach Empfang anzuzeigen.

5. Wer die ihm obliegende Anzeige von Vorräten nicht in der geforderten Frist erteilt oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50 000 M bestraft. 1634  
Karlsruhe, den 14. Juli 1921.  
Das Bürgermeisterramt.

**Bekanntmachung.**

Während der Sommer-Ferien finden 2 Schreibkurse für Schüler statt. Wegen Einstellung erbitte jetzt schon Anmeldungen. **Fachschriftschule F. Buck, Lessingstrasse 78.** 5201

**Sämtliche Reise-Artikel** **Leder-Waren** sowie alle sonstigen  
**Spezial-Kofferhaus** Geschw. **Kronenstr. 51** Tele. 1451.  
Lämle

**STADTGARTEN**

Samstag, den 16. Juli, 8 bis 11 Uhr  
**Sommernachts-Fest**  
Lampionsbeleuchtung des Gartens und der Boote, bengalische Beleuchtung der Gartenanlagen.  
Konzert der Harmoniekapelle.  
**SERENADE auf dem See.**

Eintritt: 2 Mk. (Inhaber von Jahreskarten), 3 Mk. (Sonstige) einschl. Lustbarkeitssteuer. Kinder je die Hälfte. **Programm 50 Pfg. Kartenverkauf.** Verkehrsverein und Schalterkassen des Stadtgartens. Bei schlechtem Wetter fällt die Veranstaltung aus.

**WELT-KINO Kaiserstr. 133** Teleph. 5448

**Stuart Webbs**  
der Meisterdetektiv in 5107  
**George Bully.**

**Freie Turnerschaft Karlsruhe E. V.**

Morgen Samstag, den 16. Juli, abends 7 Uhr beginnend, auf dem Zirkusplatz:  
**Gemütliches Beisammensein mit Konzert und Lampion-Beleuchtung und sonstigen erstklassigen Darbietungen.** Freunde und Gäste willkommen. Der Vorstand.

**Feuerbestattungsverein Karlsruhe E. V.**

Zu der am Sonntag, den 17. Juli d. J., vormittags 11 Uhr, im Saal „Zu den vier Jahreszeiten“, Hebelstraße 21, hier, stattfindenden **Tagung des Verbands badischer Feuerbestattungsvereine** laden wir unsere Mitglieder hierdurch ergebenst ein. Karlsruhe, 11. Juli 1921. 5188  
Der Vorstand.

**Luft-, Sonnen- und Schwimmbad**

an **Dammerstock** hinter d. m. Hauptbahnhof  
**Sonntag, den 17. Juli, nachmittags 1/2 8 Uhr** findet anlässlich der Vergößerung unseres Bades eine **Eröffnungs-Feier**

mit Musik, Vortrag, Kinderreigen wassersportlichen Darbietungen usw. statt, wozu höflichst einladet  
**Der Vorstand des Naturheil-Vereins Karlsruhe E. V.**

**Gemeinde-Sparkasse Gaggenau**

Rathaus Zimmer 5.  
**Neu eröffnet 16. Juli 1921.**  
Annahme von Spargeldern zu 4% verzinslich von dem der Einzahlung folgenden Tage.  
Ausbewahren von Wertpapieren aller Art in feineren Reserven.  
Giro-, Scheck- und Ueberweisungsverkehr.  
Giro-Einlagen werden mit 8 1/2% verzinst.  
Kassenstunden: Vormittags 9-12 1/2 Uhr, 1636  
Nachmittags 3-5 Uhr.

**Centralverband d. Hausangestellten Karlsruhe**

Jeden Tag, mit Ausnahme von Samstag und Sonntag, nachmittags 1/2 5 bis 1/2 7 Uhr Sprechstunden im Büro, Pultstraße 16, D. H. III. 3189  
Hausangestellte, Putz-, Wasch-, Monatsfrauen, Hausmädchen, Hausdiener usw. get die Sprechstunden.

**Gemeinde-Sparkasse Gaggenau**

Rathaus Zimmer 5.  
**Neu eröffnet 16. Juli 1921.**  
Annahme von Spargeldern zu 4% verzinslich von dem der Einzahlung folgenden Tage.  
Ausbewahren von Wertpapieren aller Art in feineren Reserven.  
Giro-, Scheck- und Ueberweisungsverkehr.  
Giro-Einlagen werden mit 8 1/2% verzinst.  
Kassenstunden: Vormittags 9-12 1/2 Uhr, 1636  
Nachmittags 3-5 Uhr.

**Schweinefett, garantiert reines**

**Margarine, Marke „Venus“** 9. -  
Reine Kochmargarine „Venus“ 9. -  
**Margarine, Marke „Picknick“** 10. -  
Feinstes Brottaugfett „Picknick“ 10. -  
**Margarine, Marke „Finis“** 11. -  
Allerfeinstes Buttererzeugnis „Finis“ 11. -  
empfiehlt 5108

**Robert Britsch, Ettlingen**

Kronenstrasse  
Metzgerei und Wursterei.

**Wiener Hof**  
Fasanenstr. 6 Telefon 849  
Morgen **Schlacht-Fest**  
Samstag  
Reim-Hausmach.-Wurstwaren, f. Weine  
Es ladet höflichst ein 5187  
Der Wirt Emil Späth.

**Butterschmalz Weißer Käse**

solweit Vorrat 5193  
**Milchzentrale, Lauterbergstr. 3.**

**Arbeitsamt Baden-Baden**

(Bezirksarbeitsnachweis).  
Bürozeiten von 8-12 Uhr vormittags und von 2-4 Uhr nachmittags.  
Männliche Abteilung.

Offene Stellen: 1 landwirtschaftliche Knecht, 2 jg. Bau- und Möbelschreiner auf Maschinenarbeit, 2 Radierer, 2 Zimmerleute, 2 fechtfähige Kuchelpolierer, 2 selbständige Motorenpolierer, 1 Kutscher (ortsunb.), 2 Herrschaftsdienner, 2 Blechler, 2 selbst. Heizungsmonteur, 2 Schlüssler, 4 Maurer, 8 Maler.  
Stellen suchen: Gewerbeschülern für alle Berufe, ungelernete Arbeiter in großer Anzahl. Weibliche Abteilung.

Offene Stellen: 40 Alleinmädchen für hier und auswärts, 4 perfekte Herrschaftsdienstleistungen, 1 Jungfer, die gut nähen kann, mit guten Zeugnissen, 6 Zimmermädchen, 2 Büchsenm., 1 Maschinenstitcher für Wäsche, 2 Stenotypistinnen, 1 Kinderdame.  
Hilfsabteilung für das Fremdenvergewerbe.  
Offene Stellen: 10 junge Kellner, 4 Alleinm., 4 junge Köche, 4 jg. Hausburschen, 4 Küchenburschen, 2 Kupferputzer, 1 Silberputzer, 1 jg. Hotelkäufer, 1 Soleibackfalterin, 2 Büfettfräulein, 2 Büfettanfertigerinnen, 2 Servierfräulein, 7 Saalfräulein, 6 Mädchen für Hausarbeit und Seiden, 3 Zimmermädchen, 4 Köchinnen für Restauration, 2 Weißschneid., 4 Kuchenschneid., 6 Kochschülerinnen, 41 Haus- und Küchenmädchen, 4 Wäscherinnen, 2 Büglerinnen. Lehrinangemittlung.

Offene Stellen: 1 Friseur, 1 Bäcker, 2 Kaufleute, 1 Gärtner, 1 Ranchschloffer, 2 Maler, 1 Dentist, 1 Zeichner, 7 Kellner, 1 Zimmermann mit freier Station, 1 als Verkaufserin.  
Lehrstellen suchen: Lehrlinge für verschiedene Berufe. 1635

Angesuchert sind dem Arbeitsamt: Ortsstelle für Erwerbslosenfürsorge, Arbeitsnachweis für Kriegsbeschädigte und Lazarettinvaliden.  
Ferner sucht Stellung: 1 Sägemeister, große Erfahrung im Holzgewerbe, bewandert im Verkehr mit den Arbeitern, Holzversteigerungspraxis mit vorzüglichen Referenzen.

**Durlacher Anzeigen.**

Die Regelung des Verkehrs mit Getreide im Wirtschaftsjahr 1921/22.  
Der Ortsbürger Rat und die Ortsverwaltung Durlach haben in dankenswerter Weise das dem Kommunalverband Durlach-Stadt ausgearbeitete Vorkonzept an den Ortsgemeindevorstand übergeben, es ist deshalb der Ortsbürger Rat aus der Ernte 1921, abgesehen von den Verfügungen des Reichsgesetzes, im Stadte ist hier.

Was die angeführten Verfügungen angeht, so sind folgende bereits vom Kommunalverband Durlach-Stadt im Durlacher Tageblatt vom 11. Juli d. J. bekannt gegeben und an der Ratstafel angehängt. Es wird auf diese Bekanntmachungen verwiesen.

Die Brotversorgung im Wirtschaftsjahr 1921/22 geschieht gegen Vorkauf in der bisherigen Weise. Die näheren Bestimmungen hierüber werden noch erteilt werden. 1626  
Kommunalverband Durlach-Stadt

**Turgemeinde Durlach.**

Am Sonntag, 17. d. M., nachm. 3 Uhr, findet auf unserem Zirkusplatz, Steinbruch Ordingerstraße, ein **Schau- u. Probe-Turnen**

unserer gesamten Abteilungen  
statt. Hierzu laden wir unsere berechtigten Mitglieder sowie die gesamte Einwohnerschaft freundlichst ein. Für Speise und Trank ist bestens gesorgt. 5195  
Eintritt frei! Der Vorstand.

**Gute Möbel**

Schlafzimmer und Küchen-Einrichtungen, Eisenschränke u. Betten, Patentröste und Woll-Matratzen nach eigener Angabe aus erstkl. Material angefertigt. **Schöne grüne Plüsch-Divans** erstkl. Facharbeit, Hartholzgelehn mit 36 verk. Stahlfedern, ebenso auch **Chaiselongues**, gleiche Ausführung, freie Lieferung. Nur eigenes Personal, daher die billigen Preise. 5202

**Möbelhaus**

**Schaeffer, Durlach Hauptstr. 81.**  
**Matratzen Anzeigen.**

Anfolge vermindelter Nachfrage werden die Familien mit Kindern bis zu 6 Jahren und Kranken erlucht, die sich bis längstens 10 Uhr vormittags abholen zu lassen. Erst von 10 Uhr ab können diejenigen Personen, welche ab 1. Juni mit Wäsche betorgt werden konnten, beliefert werden, soweit dies möglich ist. 1632  
Rattatt, den 13. Juli 1921.  
Kommunal-Verband Rattatt-Stadt.

**Chateaufines**

neue, von 300 Mk. an zu vert. Holterndelhaus, 20 St. Schönebrunn 20. **Rückenkrank** 1 Tisch u. 8 Stühle billig zu vert. Vorstr. 4, 4 St. **Gelegenheitskauf!** Ziehharmonika 2-reichig 20 Mk., Wolf gete. sehr schönes Tier 1/2 3, 500 Mk. **Herrn-Fahrrad** sehr gut, mit Freilauf, zu vert. Anjuhler Werderstraße 70, 4. St. 5292

**Blüth-Höfen**

Ein junges Mädchen für leichte Arbeit gesucht. Buchbinderei M. Köhler Schöngasse 47. 5296

**Blüth-Höfen**

Ein junges Mädchen für leichte Arbeit gesucht. Buchbinderei M. Köhler Schöngasse 47. 5296

**Blüth-Höfen**

Ein junges Mädchen für leichte Arbeit gesucht. Buchbinderei M. Köhler Schöngasse 47. 5296